

Atompolitik – Wir kämpfen bis zum Ausstieg!

1. Die schwarz-gelben Atompläne stoppen!

Schwarz-Gelb will den Atomausstieg kippen und der angeblichen "Brückentechnologie" Atomkraft eine Ewigkeitsgarantie geben. Mindestens 40 bis 50 Jahre sollen die Meiler laufen. Die Folgen: Die Atomrisiken steigen, der Atommüllberg wächst, die Atomkonzerne machen mehr Profite und der Ausbau der Erneuerbaren wird ausgebremst.

Die GRÜNEN halten dagegen: Wir sind dabei bei den zahlreichen Anti-Atom-Protesten. Die Bundestagsfraktion macht eine Anti-Atom-Tour an die AKW-Standorte und nach Gorleben und hat eine Informationsoffensive für den Atomausstieg gestartet.

Wir machen mobil im Parlament, im Internet, in Anzeigen, "vor Ort" und auf der Straße, denn:

- Längere Laufzeiten – höheres Risiko!
Kein AKW ist ausreichend gegen den Absturz eines Passagierflugzeugs gesichert, manche hielten noch nicht einmal einem Kleinflugzeug stand. Und: Je älter die Meiler, desto größer die Störanfälligkeit. Schon heute kommt es alle 2,5 Tage in einem deutschen AKW zu einer meldepflichtigen Betriebsstörung.
- Längere Laufzeiten – mehr gefährlicher Atommüll!
Doppelte Laufzeit heißt doppelte Menge hochgefährlichen Atommülls. Bis heute gibt es kein sicheres Endlager für Atommüll. Im Gegenteil: Die Bundesregierung hält am ungeeigneten Endlagerstandort Gorleben fest, anstatt bundesweit nach einem geeigneten Endlager zu suchen – und das trotz der desaströsen Erfahrungen mit dem Salzbergwerk Asse.
- Laufzeitverlängerung stoppt den Boom der Erneuerbaren!
Schwer regulierbare AKWs passen nicht zum neuen Strommix mit viel Wind und Sonne. Außerdem behindern längere Laufzeiten für AKWs Investitionen in erneuerbare Energien und damit in Klimaschutz und Zukunftsjobs. Eine Laufzeitverlängerung zementiert die Monopole der vier großen Stromkonzerne E.ON, RWE, Vattenfall und EnBW und verhindert fairen Wettbewerb auf dem Strommarkt.

2. Was wir wollen . . .

- raus aus der gefährlichen Atomkraft! Atomkraft ist eine unberechenbare Risikotechnologie. Daher ist der Ausstieg gestern wie heute richtig.
- verhindern, dass die Atomwirtschaft ihre dominante Stellung und ihre exorbitanten Profite für die Zukunft zementiert und damit die Energiewende und den Klimaschutz behindert.

- die Alt-Meiler Neckarwestheim I, Biblis A und B, Isar 1, Unterweser und Philippsburg so schnell wie möglich abschalten und die Pannenreaktoren in Brunsbüttel und Krümmel nicht wieder ans Netz lassen.
- eine umfassende Sicherheitsüberprüfung aller AKW nach dem neuen Kerntechnischen Regelwerk erfolgen, das sich am aktuellen Stand der Technik orientiert.
- ein neues, ergebnisoffenes Suchverfahren für ein geeignetes Atommüll-Endlager. Der Standort Gorleben ist verbrannt und muss aufgegeben werden, nachdem bekannt wurde, dass die Kohl-Regierung das entscheidende Gutachten über die Eignungshöflichkeit manipuliert hat und zudem die Verträge mit den Grundstücksbesitzern zur Erkundung des Salzstocks im Jahr 2015 auslaufen.
- die Rücklagen der AKW-Betreiber für die Atommüll-Entsorgung in einen öffentlichen Öko-Fonds überführen.
- eine Brennelementesteuer einführen und die AKW-Betreiber an den Asse-Kosten beteiligen.
- die Deckungsvorsorge für Schäden durch die Atomkraft deutlich anheben, die Betreiber sollen zur Versicherung beim Staat gegen Gebühr verpflichtet werden, wenn am Versicherungsmarkt keine Deckung zu erzielen ist;

3. Die grünen Argumente

Atomkraft ist keine Schlüsseltechnologie, sondern im weltweiten Maßstab eine Marginalie. Die aktuell 436 Atomkraftwerke decken lediglich **2 Prozent des weltweiten Endenergieverbrauchs**. Selbst in Deutschland bringen es die 17 AKW gerade einmal auf einen Anteil von 6 Prozent. National wie global wird die **Bedeutung der Atomkraft künftig deutlich abnehmen**. So werden bis 2015 weltweit rund 90 AKWs altersbedingt vom Netz gehen, bis 2025 werden weitere 192 folgen. Selbst wenn alle hochfliegenden Pläne zum Neubau von AKWs realisiert würden, könnte nicht einmal die heutige Atomstromerzeugung gehalten werden.

Die Risiken steigen

Deutsche Atomkraftwerke werden immer maroder. Über **4.200 meldepflichtige Zwischenfälle** sprechen für sich! Die Atomlobby versucht seit Jahren, das Sicherheitsproblem der Atomkraftwerke wegzureden.

Dabei haben die Beinahe-Katastrophe in Forsmark vom Sommer 2006 oder die Zwischenfälle im AKW Krümmel (2007 und 2009) gezeigt, wie anfällig die Technik ist und wie sorglos die AKW-Betreiber vorgehen. Wie schon 2007 fiel auch 2009 ein Transformator aus. Erneut wurde die Atomaufsicht nicht adäquat informiert und es zeigte sich, dass der Betreiber Vattenfall trotz aller Beteuerungen durch den Vorfall im Jahr 2007 nichts gelernt hat.

Terrorangriff: Kein AKW wird standhalten

Terror-Anschläge auf Atomkraftwerke sind damit inzwischen eine reale Gefahr. Eine Antwort auf diese neue Terror-Gefahr bleibt die Atomwirtschaft jedoch schuldig. Kein einziges Atomkraftwerk würde weltweit dem Absturz eines Verkehrsflugzeugs standhalten. In Deutschland wären die Reaktoren Biblis A und B, Phillipsburg und Brunsbüttel bereits durch den **Absturz eines Kleinflugzeugs** gefährdet, denn sie besitzen nicht einmal eine Schutzhülle.

Nicht auszudenken, was ein Unfall bzw. ein terroristischer Anschlag auf ein AKW bewirken würde: Mögliche Auswirkungen hat das Öko-Institut im Jahr 2007 am Beispiel der Anlage Biblis A, dem gegenwärtig ältesten Kernkraftwerk in Deutschland, untersucht. In einem Gebiet von **10.000 Quadratkilometern würden Katastrophenschutzmaßnahmen** erforderlich. Die gesundheitlichen Folgen würden vor allem in Spätschäden wie Krebserkrankungen bestehen. Die ökonomischen Schäden wären gigantisch, die Lebensgrundlage von Millionen Menschen zerstört.

Atommüll – Hypothek für kommende Generationen

Radioaktiver **Abfall strahlt über Jahrmillionen**. Auch nach über 50 Jahren ziviler Nutzung der Atomenergie existiert weltweit kein Endlager für hochradioaktiven Müll. Und trotzdem wird weiter fortlaufend Atommüll produziert.

In Deutschland verspricht die Atomlobby mit Gorleben eine Lösung der Endlagerfrage. Doch ein schlüssiges Endlager-Konzept gibt es nicht. Dennoch will Schwarz-Gelb die Laufzeiten verlängern. Doppelte Laufzeit heißt aber auch **doppelte Atommüllmenge**.

Klar ist nur: Politische Vorfestlegungen und dreiste Manipulationen von Gutachten durch die Kohlregierung haben überhaupt erst zur Festlegung auf Gorleben geführt. Und das schlimme **Scheitern des sogenannten Forschungsendlagers Asse** zeigt, dass wir von einem sicheren Endlager weiter entfernt sind denn je.

Gorleben kommt als Standort für ein Endlager damit nicht länger in Betracht. Zu lange und zu infam sind die Menschen vor Ort hinters Licht geführt worden. Das muss ein Ende haben. Wir fordern deshalb einen Neustart der Endlagersuche.

AKWs erhöhen Leukämie-Risiko

Eine vom Mainzer Kinderkrebsregister im Auftrag des Bundesamtes für Strahlenschutz durchgeführte Studie zeigt eine signifikante Erhöhung der Zahl an Leukämie erkrankten Kindern unter 5 Jahren im Umfeld von Atomkraftwerken. **Im Umkreis von 5 km um das AKW ist das Risiko um 120 Prozent höher** als im Bundesdurchschnitt.

Den Zusammenhang zwischen der von den AKW ausgehenden Strahlenbelastung und dem Auftreten der Leukämie zeigt die Studie zwar unmissverständlich auf, sie kann den Wirkungsmechanismus aber nicht erklären. Sie wurde deshalb auch kontrovers interpretiert.

Klimaschutz gibt's nur ohne Atomkraft

Klimaschutz ist vor allem durch den Ausbau erneuerbarer Energien zu erreichen. **Der Atomausstieg ist deshalb das beste Klimaschutzprogramm**, da er klare Investitionsbedingungen für erneuerbare Energien schafft. Bei einer Laufzeitverlängerung werden die Atomkonzerne schon aus Renditegründen alle Hebel für eine **Begrenzung des Ausbaus der erneu-**

erbaren Energien in Bewegung setzen, damit ihre Altmeiler nicht vom Markt gedrängt werden.

Das würde notwendige Investitionen in moderne Kraftwerke verschleppen und damit sowohl die Versorgungssicherheit als auch zukunftsfähige Arbeitsplätze gefährden - immerhin arbeiten in der Erneuerbaren-Branche rund **300.000 Menschen**. Nur schnellstmöglicher Atomausstieg bedeutet den schnellstmöglichen Ausbau der Erneuerbaren!

Wir brauchen den Atomstrom nicht

Heute stammen bereits **16 Prozent des Stroms aus erneuerbaren Quellen**. Dieser Wachstumstrend wird anhalten. Selbst die Bundesregierung geht davon aus, dass bis 2020 bereits 39 Prozent des Stroms aus erneuerbaren Quellen stammen. Bundesumweltminister Norbert Röttgen hat mehrfach angekündigt, dass ab einem EE-Anteil von 40 % kein Atomstrom mehr benötigt wird. Dass er dennoch ein Laufzeitverlängerung durchsetzen will, macht ihn unglaubwürdig und entbehrt jeder Logik.

Heute bereits exportiert Deutschland im großen Stil Strom. Seit 2006 liegt der jährliche **Netto-Stromexport bei rund 20 Milliarden kWh**, obwohl viele Atommeiler gedrosselt werden oder wegen Störfällen, technischer Mängel oder Wartungsarbeiten zeitweise stillstehen.

Laufzeitverlängerung erhöht die Profite der Atomkonzerne

Atomstrom gilt als billig, da die abgeschriebenen und mit üppigen Subventionen errichteten Altmeiler heute Strom für weniger als 3 Cent pro Kilowattstunde erzeugen können. Für die Kunden sind die Strompreise in den letzten Jahren dennoch seit 2002 um **70 Prozent gestiegen**, obwohl seit 2004 kein AKW abgeschaltet wurde.

Das Öko-Institut hat ausgerechnet, dass ein abgeschriebenes Atomkraftwerk dem Betreiber einen Reingewinn von circa **1 bis 2 Millionen Euro pro Tag** bringt. Pro Jahr macht das bis zu 10 Milliarden Euro Zusatzgewinne für die Atomkonzerne. Diese Zusatzprofite sind der eigentliche Grund für die geforderte Laufzeitverlängerung.

Beschränkte finanzielle Haftung der Atomwirtschaft

Das Atomgesetz begrenzt die maximale Haftpflicht für einen Super-GAU auf 2,5 Milliarden Euro. Zusammen mit verschiedenen Risikofonds stehen in Deutschland insgesamt 4,7 Milliarden Euro für die Abwicklung von Atomunfällen zur Verfügung. Ein Super-GAU hätte aber ein Schadensvolumen von **5 Billionen Euro** – 1000 Mal mehr als die Versicherungssumme.

Für den theoretischen Fall, dass die Atomkonzerne die gesamte Schadenssumme versichern müssten, würde der Preis für Atomstrom auf bis zu astronomische **1,84 Euro pro kWh** ansteigen. Das Risiko eines GAUs wird also vor allem von der Gesellschaft getragen. Wir fordern, dieses Privileg zu beschneiden und eine realistische Deckungsvorsorge für einen Super-GAU einzuführen.

Subventionen ohne Ende

Eine Studie des Forums öko-soziale Marktwirtschaft schätzt die bislang erfolgten Subventionen für deutsche AKW auf **164 Milliarden Euro**. Künftig könnten weitere 92 Mrd. Euro dazu

kommen. Ein Großteil der Subventionen entfällt dabei auf indirekte Subventionen und Privilegien. Kosten für **Umweltverschmutzungen, radioaktive Verseuchung und Gesundheitsgefährdungen** sowie die lediglich beschränkte finanzielle Haftung der AKW-Betreiber sind dabei noch gar nicht berücksichtigt.

Auf mittlerweile über 30 Milliarden Euro ist allein die **Rücklage für die Atommüll-Entsorgung** angewachsen. Das Geld ist freie Manövriermasse der Konzerne, mit der sie Zins- und Beteiligungserträge erwirtschaften – steuerfrei! Die FÖS-Studie weist einen Steuervorteil von gut **24 Mrd. Euro** zugunsten der Atomwirtschaft aus. Wir fordern daher die Überstellung der Rückstellungen in einen staatlichen Öko-Fonds!

Mindestens **17 Milliarden Euro** werden in den nächsten Jahren fällig, um **marode Lagerstätten für Atommüll in der Asse und in Morsleben zu sanieren sowie alte Forschungsanlagen** zurückzubauen. Profitiert von der Forschung hat allein die Atomwirtschaft. So liegt in der Asse heute überwiegend Müll aus den Atomkraftwerken Obrigheim und Grundremmingen. Die Profiteure von einst müssen heute auch an den Sanierungskosten beteiligt werden

Atomkraft ist die Vorstufe zur Bombe

Länder, die über die Fähigkeit zur Urananreicherung oder zur Wiederaufbereitung von Plutonium verfügen, sind grundsätzlich auch in der Lage, **Atomwaffen herzustellen**. Indien, Pakistan und Nordkorea haben es vorgemacht und der Iran ahmt es derzeit laut IAEA nach. Heute verfügen schätzungsweise **40 Staaten** über die industriellen oder wissenschaftlichen Voraussetzungen, um in relativ kurzer Zeit Kernwaffen zu bauen.

Dazu kommt, dass in Forschungsreaktoren von **27 Staaten bis zu 1.500 Kilogramm hochangereichertes Uran** (HEU) lagern und die Nuklearwaffenstaaten über schätzungsweise 500 Tonnen abgetrennten Plutoniums verfügen. Zahlreiche Funde bzw. ungeklärte Verluste radioaktiven Materials legen nahe, dass auch diese Gefahr größer wird.

Kontakt:

Bündnis 90/Die Grünen – Bundestagsfraktion:

Sylvia Kotting-Uhl MdB
Atompoltische Sprecherin

Ralf Schmidt-Pleschka
Referent für Energiepolitik

Weitere Infos:

<http://www.gruene-bundestag.de/cms/atomausstieg/rubrik/12/12186.atomausstieg.html>